itten in Hamburgs Innenstadt befand sich von 1933 bis 1943 der Sitz des Gestapo-Hauptquartiers, der Ordnungspolizei, der Kriminal- und Sicherheitspolizei und weiterer Polizeidienststellen des "Dritten Reiches". Das Stadthaus war Zentrum des Naziterrors in Hamburg sowie weiten Teilen Norddeutschlands.

Im Stadthaus wurden die Deportationen der Hamburger Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma geplant und vorbereitet.

Im Stadthaus wurden die Polizeibataillone aus Hamburg, Bremen und Lübeck für den mörderischen Einsatz im Vernichtungskrieg organisiert.

Im Stadthaus befand sich die Abteilung der Gestapo, die für die Überwachung von hunderttausenden Zwangsarbeiterinnen zuständig war und sie bei kleinsten angeblichen Vergehen bestrafen und ins KZ bringen ließ. Diese Abteilung war auch direkt an Hinrichtungen beteiligt.

Im Stadthaus wurden viele Menschen aus dem politisch begründeten Widerstand, insbesondere aus der KPD und der SPD, verhört, gefoltert und ermordet.

Im Stadthaus begann der Leidensweg vieler Menschen, die als Juden, Oppositionelle, Zeugen Jehovas, Swing Jugendliche, Homosexuelle, oder Asoziale stigmatisiert, verfolgt, verhaftet und in die Zuchthäuser und Konzentrationslager (zum Beispiel in Fuhlsbüttel) deportiert und in zahlreichen Fällen dort ermordet wurden.

S.d.P.: 1. Jacob | Hein-Hover-Str. 41 | 20359 Hamburd

Kundgebung

+++ am Freitag, 18. März um 16 Uhr +++
Stadthausbrücke

Die Einrichtung eines Dokumentations –, Lern – und Gedenkortes im Stadthaus bleibt notwendig.

Die Dokumentation und Würdigung des Hamburger Widerstandes darf davon nicht ausgeschlossen bleiben.

Die Anpassung des öffentlichen Gedächtnisses an die Interessen von Immobilienunternehmen muss endlich ein Ende haben.

Mit Dr. Martine Letterie, Präsidentin der Amicale Internationale KZ Neuengamme (angefragt)
Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA Wolfgang Kopitzsch, Vorsitzender der AVS Detlef Baade

Musik: "Tuten und Blasen"

Es gelten die dann gültigen Corona-Regeln.

Ausführliche Informationen gibt es in der Broschüre "Das Stadthaus in Hamburg - Das Ringen um einen würdigen Gedenk- und Lernort" 110 Seiten | Bestellung bei der VVN-BdA, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg Schutzgebühr: 5 Euro or vier Jahren, im Mai 2018, präsentierten der Hamburger Kultursenator und Quantum als damaliger Eigentümer der Stadthöfe ein Projekt, das sie für eine gute und angemessene Erinnerung an die Bedeutung des Stadthauses als früherer Zentrale des Naziterrors in Hamburg hielten: 70 Quadratmeter geschichtlicher Information eingebettet in eine Gesamtfläche von 300 Quadratmetern mit Buchhandlung und Café. Eine Buchhändlerin wurde damals mit der Betreuung und Organisation dieses kleinen Geschichtsortes beauftragt.

Die Angehörigen der im Stadthaus verhörten und gefolterten Menschen, die Verfolgtenverbände VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und AVS (Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten), zahlreiche Historikerinnen und Historiker, viele erinnerungspolitisch aktive Gruppen und Persönlichkeiten wie Esther Bejarano protestierten gegen die Preisgabe des öffentlichen Gedächtnisses an die NS-Diktatur durch die Abgabe der Verantwortung an ein kommerzielles Unternehmen. Sie protestierten gegen die Missachtung des Vertrages von 2009, in dem eine Fläche von 750 Quadratmetern für einen "Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen)" vereinbart worden war. Immer wieder forderten sie die Übernahme oder Anmietung einer noch immer ungenutzten Fläche in den Stadthöfen. Sie protestierten gegen die faktische Bagatellisierung der Erinnerung und die Respektlosigkeit von Kaffeegenuss und Buchverkauf im Angesicht von Bildern von Gestapo-Opfern.

Die Tatsache, dass nicht selbstkritische politische Einsicht, sondern erst die Insolvenz der privat betriebenen Buchhandlung zum Ende eines von Anfang an falschen Experiments geführt hat, zeigt: Die Preisgabe des öffentlichen Gedächtnisses an ein kommerzielles Unternehmen unterliegt eben auch kommerziellen Interessen und

Regeln. Das darf sich weder im Stadthaus noch bei anderen Orten wie zum Beispiel dem Lagerhaus G am Dessauer Ufer fortsetzen.

Die Dokumentation des antifaschistischen Widerstandes und Würdigung der Widerstandskämpferinnen und Kämpfer ist in der Hamburger Innenstadt notwendig und auch möglich.

Im ältesten Teil des Stadthauses, dem Görtz'schen Palais am Neuen Wall, befand sich das Tor, durch das die von Polizei und Gestapo Verhafteten zu ihren Verhören, die fast immer mit Folterungen einhergingen, in das Gebäude transportiert wurden. Der stadteigene Petersen-Platz direkt gegenüber ist darum geeignet für ein Dokumentationszentrum zum Hamburger Widerstand.

Wir protestieren dagegen, dass die Hamburger Regierungskoalition ohne jede öffentliche Diskussion mit den Verfolgten-Verbänden dieses Dokumentationszentrum im ehemaligen KZ Fuhlsbüttel (Kolafu) errichten will, also außerhalb des Stadtzentrums. Das Vorhaben der Kulturbehörde, einen "Täterort" (Stadthaus) von einem "Opferort" (Kolafu) abzutrennen, halten wir für inakzeptabel.

Für die Ausgliederung des Gedenkens an den Widerstand aus dem Stadthaus werden auch haushaltspolitische Gründe angeführt. Doch das ist nicht glaubwürdig angesichts von Millionen-Ausgaben für historische und touristische Attraktionen wie z.B. das Museumsschiff Peking (mindestens 35 Millionen Euro), das Bismarckdenkmal (mindestens 10 Millionen Euro) und der kostenlosen Überlassung eines attraktiven Speichers in der Hafencity für das Maritim-Museum einer privaten Stiftung.

In einer Zeit, in der rassistische, antisemitische und faschistische Ideologien und Worte sowie tödliche Attacken weiterhin zunehmen, bleibt die Aufklärung über den mörderischen NS-Terror ebenso notwendig wie das Wissen über vielfältige Aktionen der Frauen und Männer des Widerstandes.